

GEGEN DEN STROM

ORGAN DER KPD (OPPOSITION)

Nr. 3

11. Februar

Herausgegeben von A. Thalheimer, H. Brandler, E. Hausen

Begründet von der KPD.-Ortsgruppe Breslau (Opposition)

Erscheint 14 tgl. Sonnabends — Postscheckkonto: H. Brandler, Berlin 478 96 — Telefon: E 3 Königstadt 2585
 Abonnementspreis für das Vierteljahr 0,96 RM. — Durch die Post: 0,90 RM zuzüglich Bestellgeld. — Ein-
 getragen in die Postzeitungsliste. — Erscheinungsort: Berlin. — Einsendungen an die Redaktion und Expedi-
 tion sind zu richten an Junius-Verlag (Heinrich Brandler), Berlin NO 55, Schönlanke Straße 17

6. Jahrg. 1933

20 Pf.

Faschistische Diktatur über Deutschland

Mit der Bildung der Regierung Hitler—Papen ist in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet worden. Es wäre das Schädlichste, wenn die Arbeiterschaft sich darüber irgendwelchen Täuschungen hingeben wollte, statt den Tatsachen entschlossen ins Auge zu sehen und danach zu handeln. Daß der faschistische Staatsstreich in Deutschland vollzogen ist, daran ändert auch der Umstand nichts, daß es hier keinen „Marsch auf Rom“ gegeben hat. Der deutsche Faschismus hatte eine solche Mobilmachung seiner Kräfte auf der Straße nicht mehr nötig, um seinen Machtansprüchen Geltung zu verschaffen. Die bürgerlich-demokratischen Elemente im Staatsapparat waren bereits durch den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 erledigt worden. Im Januar 1933 war der Staatsapparat bereit, sich auch ohne Druck von außen dem Kommando der Nazis zu unterstellen. Daß die Generale um Schleicher putschen wollten, um an der Macht zu bleiben, zeigt, daß die Faschisten keinen Putsch, keinen „Marsch auf Berlin“ mehr brauchten, um zur Macht zu gelangen. Das Wesentliche am faschistischen Staatsstreich ist die Verschmelzung der faschistischen Partei mit dem offiziellen Staatsapparat, die Unterstellung dieses Staatsapparats unter das Kommando der Faschisten, die Eingliederung der faschistischen Terrororganisationen in den Staat. Das ist in Deutschland im Januar 1933 ebenso erfolgt wie in Italien im Oktober 1922. Auch der Umstand, daß in der gegenwärtigen Regierung außer den Nazis, den Vertretern der faschistischen Partei, Angehörige der Deutschnationalen, des Stahlhelms, reaktionäre „parteilose“ Bürokraten etc. sitzen, bedeutet keineswegs, daß diese Regierung noch nicht die faschistische Diktatur sei. Auch die erste Regierung Mussolinis war eine Koalitionsregierung, in der neben den Faschisten alle möglichen reaktionären Gruppen der italienischen Bourgeoisie saßen. Das Entscheidende war, daß nicht diese Konservativen, Klerikalen usw., sondern die Faschisten über den Staatsapparat verfügten. Das ist auch heute in Deutschland der Fall. Die Deutschnationalen beklagen sich schon jetzt darüber, daß die Nazis sie an die Wand quetschen und aus der Regierung herausdrängen wollen. Wohin die Reise geht, zeigen die ersten Maßnahmen der Regierung. Durch die Neuwahlen wollen die Faschisten sich eine „legale“ Grundlage für ihre schrankenlose Alleinherrschaft verschaffen: das neue Parlament soll ihnen nicht nur eine Blankovollmacht einstellen für vier Jahre, d. h. in Wirklichkeit auf unbestimmte Zeit ausstellen, sondern auch die Deutschnationalen und andere Gruppen so geschwächt wiederbringen, daß die Faschisten keine Rücksicht mehr auf sie zu nehmen brauchen.

Diese Wahlen, die die faschistische Regierung durchführt, sind von Anfang an als Plebiszit für die faschistische Diktatur angelegt. Die Regierungspresse macht kein Geheimnis daraus, daß alle Mittel der offiziellen Beeinflussung, daß der ganze Druck des Staatsapparates eingesetzt werden soll, um den Nazis den erwünschten Erfolg zu bringen. Das sind keine „freien“ Wahlen mehr. Neben dem, was heute geschieht, verblissen alle Beeinträchtigungen der Wahlfreiheit, die bisher in Deutschland üblich waren; was wir jetzt in Deutschland erleben, das ist eine Kopie dessen, was sich 1924 in Italien abspielte, als Mussolini seine ersten Wahlen „machte“, und was sonst in Polen, Ungarn und Rumänien üblich ist. Dabei ist es von vornherein klar, daß die faschistische Diktatur sich keineswegs durch die Zwirnsfäden parlamentarischer Regeln behindern lassen wird, wenn die Wahlen trotz allen offiziellen Drucks ihr nicht das gewünschte Ergebnis bringen. Diese Diktatur wird, das wird von ihren Trahanten keineswegs verschwiegen, sich nicht mit parlamentarischen Mitteln stürzen lassen. Wenn die Pilsudskischen Wahlmethoden nicht ausreichen, dann wird sie weiter „nachhelfen“ durch Kassierung der kommunistischen Mandate und ähnliche Gewaltakte. Die endgültige Absetzung der Regierung Braun-Severing,

die an sich keine sonderliche politische Bedeutung hat, ist in dieser Hinsicht symptomatisch. Die Art, wie die Hitler-Regierung hier über ein Urteil des Staatsgerichtshofes hinwegging, zeigt, wie bodenlos dumm es ist, nach Art der sozialdemokratischen Führer juristische Paragraphen und Verfassungsartikel als Waffen gegen die faschistische Diktatur anzusehen.

Die bisherigen Reden und Taten der neuen Regierung zeigen, daß die faschistische Diktatur die Verfechterin des schrankenlosen Kapitalangriffs, der vollkommenen Rechtlosmachung der Werktätigen ist. Die radikalen Versprechungen, mit denen die Nazis ihre Anhänger geködert haben, sind vergessen. Geblieben ist der Kampf zur Niederschlagung der organisierten Arbeiterbewegung durch eine rücksichtslose Polizeiverfolgung und durch den Terror der SA., der heute offiziellen Segen genießt. Gegenüber der internationalen Wirtschaftskrise des Kapitalismus ist die faschistische Diktatur ebenso ohnmächtig wie jede andere kapitalistische Regierung. Was sie kann, das ist lediglich, die Lebenshaltung der Arbeiter auf die Stufe eines unvorstellbaren Elends senken und die bankrotten Industriellen und Junker mehr als bisher mit Subventionen aus der Staatskasse versorgen, mit einem Worte die Voraussetzungen für den kapitalistischen Ausweg aus der Krise schaffen, dafür sorgen, daß die kapitalistischen Unternehmer bei einem neuen Konjunkturaufschwung umfassende Ausbeutungsmöglichkeiten haben. Neue Absatzmärkte aber, die die kapitalistische Industrie braucht, um aus der Krise herauszukommen, kann die faschistische Diktatur in Deutschland ebenso wenig willkürlich schaffen wie Mussolini und Pilsudski.

Es wäre jedoch verfehlt, wenn die Arbeiter sich darauf verlassen, daß die faschistische Diktatur infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen sie zu tun hat, von selbst abwirtschaften werde. Derartige Illusionen, daß die faschistische Diktatur ohne das Zutun der Arbeiter von selbst an wirtschaftlichen oder außenpolitischen Schwierigkeiten, an den Gegensätzen unter den einzelnen Schichten der Bourgeoisie, am Konflikt zwischen Nazis und Deutschnationalen usw., zugrundegehen werde, sind verderbliches Gift für die Arbeiter. Wenn die Arbeiter sich nicht wehren, wenn sie diese Gegensätze nicht durch ihre selbständige Aktion ausnutzen und vertiefen, dann wird die faschistische Diktatur sie auf die Weise zu überwinden suchen, daß sie den Werktätigen neue Lasten aufpackt und sie noch mehr unterdrückt. Papen und Schleicher stürzten infolge der Gegensätze im Lager der Bourgeoisie, und zwar aus dem Grunde, weil diejenigen Schichten der Bourgeoisie, die sich durch ihre Politik benachteiligt fühlten, die faschistische Partei gegen sie ausspielen konnten. Heute aber hat die Bourgeoisie den Faschisten die Macht überantwortet und zu ihren Gunsten politisch abgedankt.

Noch immer hört und liest man in der Presse der SPD, und KPD, daß Deutschland „nicht Italien sei“. Die Führer der SPD, und KPD, haben jahrelang die faschistische Gefahr unterschätzt und solange immer wieder den beginnenden „Rückgang“ der Nazis angekündigt, bis Hitler an der Macht war. Jetzt müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß diese verantwortungslosen Phrasen, die den Kampf gegen den Faschismus hindern, aufhören. Die deutschen Arbeiter haben alle Ursache, aus dem Schicksal ihrer italienischen Klassengenossen zu lernen, denn wenn sie sich jetzt nicht ermannen, dann wird der deutsche Faschismus, der nunmehr zur Macht gelangt ist, die italienischen Zustände bald eingeführt, ja übertroffen haben. Die deutschen Arbeiterorganisationen sind noch nicht zerschlagen, wie das in Italien der Faschismus getan hatte, als er dort zur Macht kam. Aber gerade weil die deutschen Arbeiter

terorganisationen stärker sind, als es seinerzeit die italienischen waren, wird der Faschismus, einmal im Besitze der Staatsgewalt, diese in vollem Umfange einsetzen, um das nachzuholen, wozu er bisher nicht instande war. Die wenigen Tage, die seit dem 30. Januar vergangen sind, zeigen, daß der Faschismus klar den Kurs auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung steuert. Wenn die deutschen Arbeiter nicht bewirken, daß ihre Organisationen unverzüglich geschlossen und einheitlich eingesetzt werden, dann werden diese Organisationen einzeln und nacheinander geschlagen werden. Und dann wird es in Deutschland schlimmer sein als in Italien.

Daß die Arbeiterklasse am 30. Januar die Errichtung der faschistischen Diktatur kampflos hingenommen hat, bedeutet für sie eine neue schwere Niederlage. Die Sozialdemokratie hat ihren Verrat vom 20. Juli wiederholt. Ihre jetzige Haltung, nämlich daß sie die Regierung lediglich mit verfassungsmäßigen Mitteln bekämpfen will, bedeutet die Bereitschaft zur ständigen Kapitulation vor allem, was der Faschismus vornehmen wird. In Italien ist seinerzeit von den Reformisten und bürgerlichen Demokraten dank einer solchen Beschränkung auf die verfassungsmäßigen Kampfmittel die breite Volksbewegung zugrunde gerichtet worden, die sich nach der Ermordung Matteotis durch den Faschismus entwickelte. Die deutschen Sozialdemokraten kopieren alle schlechten Seiten ihrer italienischen Gesinnungsgenossen. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen diese Politik keine Stunde länger mitmachen. Die faschistische Diktatur kümmert sich herzlich wenig um Verfassungsbestimmungen, ihr können die Arbeiter nur mit außerparlamentarischen Mitteln zu Leibe gehen. Der Proteststreik in Lübeck, der dort von der SPD. und dem ADGB. durchgeführt wurde und die ganze Stadt erfaßte, zeigt, was in ganz Deutschland möglich wäre, wenn die Instanzen der SPD. und des ADGB. ihre Organisationen einsetzen würden. Heute reden die Führer der SPD. sehr viel von der Einheitsfront. Sie verstehen darunter eine Einheitsfront des Nichtstuns, sie wollen, daß die Kommunisten die Kritik an ihrer Haltung aufgeben, und sich gleichfalls praktisch auf den Boden einer parlamentarisch-demokratischen Politik, die heute nichts anderes ist als Kapitulation vor dem Faschismus, begeben. Worauf es aber ankommt, ist die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterorganisationen für den außerparlamentarischen Kampf, die Bildung von Einheitsfrontorganen zu diesem Zweck bei voller Freiheit der gegenseitigen Kritik.

Die KPD-Führung war am 30. Januar praktisch außerstande, irgendwelche Massen in den Kampf zu führen. Es war das gleiche beschämende Bild wie am 20. Juli 1932, und es zeigte sich, wie die ultralinke Taktik, die den kommunistischen Einfluß in den Betrieben

und Gewerkschaften vernichtet hat, dazu führt, daß die KPD. die Anschläge des Faschismus, die Vernichtung der faschistischen Diktatur kampflos hinnimmt. Die KPD.-Führung hat die faschistische Machtergreifung nicht verhindern können; wenn die kommunistischen Arbeiter nicht für eine Aenderung der Politik der KPD. sorgen, dann wird diese das Schicksal ihrer Bruderparteien in Italien und Finnland erleiden.

Am 30. Januar richtete die KPD.-Führung in einem Aufruf an die Instanzen des ADGB., der SPD. und des Afa ein Angebot zur gemeinsamen Durchführung des Generalstreiks. Wie am 20. Juli 1932 wurde auch hier der Glaubenssatz der ultralinken Politik, daß man mit den reformistischen Organisationen und ihren Führungen keine Einheitsfront machen dürfe, durchbrochen. Damit gab die KPD.-Führung selbst zu, daß ihre ultralinken Glaubenssätze in entscheidenden Situationen nicht anwendbar und schädlich sind, sie sprach damit ein Verdammungsurteil über ihre eigene Politik aus. Nun heißt es in den Publikationen der Komintern und der KPD., daß die Einheitsfront „von oben“ ausnahmsweise dann zulässig sei, wenn die Kommunisten ihre Angebote an die reformistischen Instanzen auf Grund einer vorhergehenden Mobilmachung der Massen formulieren. Die Praxis des 20. Juli 1932 und des 30. Januar 1933 zeigt, daß die „vorherige Mobilmachung“ der Massen beide Male darin bestand, daß die KPD.-Führung von Vorstößen der Konterrevolution überrascht wurde. Die Parteimitglieder müssen jetzt die Frage stellen, warum die Einheitsfront von oben erst dann zulässig ist, wenn der Klassenfeind einen Streich geführt hat, nicht aber angewendet werden darf, um solchen Streichen zuvorzukommen.

Dabei ließ es die KPD.-Führung auch am 30. Januar so gut wie an allem fehlen, um ihrem Einheitsfrontangebot Geltung zu verschaffen. Sie machte ihr Angebot in einem Aufruf, unterließ es aber, sich direkt öffentlich an die reformistischen Instanzen zu wenden und Spitzenverhandlungen zu verlangen. Sie tat nichts, um die Betriebe und Gewerkschaften zu mobilisieren, damit diese Resolutionen und Delegationen entsandten, um den einheitlichen Einsatz der Arbeiterorganisationen zu fordern und die Instanzen unter Druck zu setzen.

Trotz ihrer organisatorischen Schwäche gelang es der KPD.-O. auf Grund ihrer richtigen kommunistischen Politik, am 30. Januar größere Massen zur Aktion mobil zu machen als die KPD. mit ihrem großen Apparat.

Die Lehre daraus ist, daß die KPD.-Mitglieder sich überall mit der KPD.-O. zusammenschließen müssen, um, ganz gleich wie sich die Instanzen der KPD. stellen mögen, alles zu tun, damit unverzüglich die Einheitsfront der Arbeiter im außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus geschaffen wird.

Die Agrarrevolution in China

Von Asiaticus.

(Schluß.)

Soweit der Artikel der „People's Tribune“; er ist sehr aufschlußreich. Nur muß aber noch manches dabei richtig gestellt werden. Die Bekämpfung der kommunistischen Gebiete erfolgt nicht nur durch Tschiang-Kai-Schek. Sein Feldzug war aber der umfassendste. In den Grenzgebieten Kiangsi-Fukien und Kwangsi-Hunan führen Generale der südlichen Fronde, die in offener Gegnerschaft gegen Tschiang stehen, selbständig ihren antikommunistischen Feldzug. Selbst in seinem ausschließlichen Kriegsgebiet ist nicht Tschiang der Kommandeur, sondern das Haupt einer Generalsallianz, die sich unter seiner Führung verbunden hat und ihre Domänen zum großen Teil gerade in den Provinzen, die teilweise von den roten Armeen besetzt sind, hat. Diese Gesellschaft ist sich nur in dem unmittelbaren Zweck der Allianz, der Bekämpfung der Kommunisten, einig. Eine Erklärung Tschiangs, daß er die neuen Agrarverhältnisse anerkenne, würde, selbst wenn sie von ihm ernst gemeint wäre, noch lange nicht für die einzelnen Provinzgenerale gelten, die zu eng und unmittelbar mit den alten Landverhältnissen zusammenhängen, als daß sie nicht, wo sie können, in drakonischer Weise versuchen würden, die Bauern und das Kleinbürgertum für ihre Sympathie mit den Kommunisten büßen zu lassen. Von Zeit zu Zeit sickert in der ausländischen Presse der Häfen durch, wie furchtbar da gewütet wird. So wurden kürzlich in Chucheng, in Shantung, wo der General eine örtliche Schule wegen „kommunistischer Verseuchung“ aufgelöst hat, 94 Schüler hingerichtet, ganz öffentlich, auch in den umliegenden Dörfern fanden Hinrichtungen statt und die Leichen wurden tagelang zur Abschreckung liegen gelassen. Die ausländische Presse bringt äußerst selten irgend eine Nachricht über die kommunistischen Gebiete, außer den amtlichen Meldungen über den Feldzug, an die kein Mensch glaubt. Die Erklärungen Tschiangs sind also im besten Falle nur der fromme Wunsch der Shanghai-Nankinger Großbourgeoisie, die der Finanzierung der ewigen Feldzüge, deren Mißerfolge offenbar sind, überdrüssig und durch die Verwüstung der Landgebiete verängstigt wird. Da aber Tschiang die Unterstützung seiner Generale gar nicht entbehren kann, ebenso wie die Bourgeoisie auf einen Anteil an der Ausbeutung der Bauern nicht verzichten will, wendet sich Tschiang gegen die

„Reformer“ um Wang. Vom Standpunkt seiner Militärclique und auch der ihn stützenden Shanghaier Großbourgeoisie ist auch gar nichts anderes möglich. Das Gejammer der Leute um Wang, denen der Schreck des plebejischen Anlaufs während der letzten Monate der Wuhanregierung 1927 noch heute in den Knochen liegt und die nur noch auf den Krücken der militärischen Rivalen Tschiangs in bessere Zeiten zu kommen hoffen, wird von Tschiang vorläufig geduldet, weil er ihre populären Phrasen nicht entbehren kann. Die wirklichen Führer in der Regierung sind eben nicht sie, sondern Tschiang und T. V. Soong, der Repräsentant der Shanghaier Großfinanz.

Die Chance der Kommunisten ist, daß die Lösung der Agrarfrage nur von unten erfolgen kann. Aber das ist bei den Verhältnissen, die in verschiedenen Teilen Chinas sehr verschieden sind, ein langwieriger Prozeß, der sich in einem Gebiet sehr rasch, im anderen aber langsam, manchmal ungeheuer langsam, durchsetzt. So z. B. sind die roten Gebiete jetzt auf einzelne Teile in Mittel- und Südchina beschränkt, greifen aber auch schon auf den Westen über, während der Norden bisher unberührt geblieben ist. Angeblich sollen die chinesischen Trotzkisten um Tschien-Tu-Hsiu den Standpunkt vertreten, daß die Sowjetgebiete und die roten Armeen nichts mit Kommunismus zu tun hätten und ihn in den Städten nur kompromittierten. Sollte das wahr sein, so haben sie von Trotzki nur das Schlechteste übernommen. Im Gegenteil, die Tätigkeit der Kommunisten in den Rätegebieten ist ihr Ruhmesblatt und die Mängel liegen darin, daß sie die Bewegung sehr überschätzen und in ihrer Ausbreitung auf dem Lande auch das Mittel zum Uebergreifen auf die Städte sehen, mit besonderer Ueberschätzung der Möglichkeiten einer Eroberung der zentralen Punkte durch militärische Aktionen von außen. Hier ist der wundeste Punkt, dessen Wurzel ihre große Schwäche und die ungeheuren Schwierigkeiten der kommunistischen Arbeit in den zentralen Städten sind. 1925—27 haben die chinesischen Kommunisten sich von der Bourgeoisie am Gängelband führen lassen, heute aber sehen sie außer den Arbeitern und Bauern eine einzige reaktionäre Masse und lehnen praktisch jede Verbindung mit dem städtischen Kleinbürgertum, jedes politische und taktische Eingehen auf seine

besonderen ökonomischen Nöte, politische Forderungen, seine ideologisch-politischen Stömungen ab. Bei der Schwäche des industriellen Proletariats, der Zersplitterung Chinas, dem Fehlen eines politischen Zentrums, das auf dem ganzen Land ausstrahlen könnte, dem Vorherrschen der alten Handwerke und Manufakturen

in großen Teilen des Landes das Kleinbürgertum als großen politischen Faktor, als Bindeglied des Proletariats und Bauernschaft zu eskamotieren, ist nur Flucht nach ultralinks vor den wirklichen Schwierigkeiten. Auf die Dauer muß das auch die Agrarbewegung zurückwerfen und erschöpfen.

Das XII. Ekki-Plenum

Ende September 1932 tagte in Moskau das XII. Erweiterte Plenum des Ekki. Erst jetzt werden die wichtigsten Referate und Reden veröffentlicht, die dort gehalten wurden. („Die Kommunistische Internationale“, Heft 15-19; „Inprekorr“, Sondernummer 1-6). Es ist also nicht unsere Schuld, wenn wir erst mehr als ein Vierteljahr später ausführlich zu den Ergebnissen dieser Tagung Stellung nehmen können. Die Schuld trifft vielmehr einzig und allein die Instanzen der Komintern, die es nicht für nötig gehalten haben, die Mitglieder der kommunistischen Parteien früher über ihre Beratungen zu informieren.

Vielleicht zögerte die Führung der KI mit der Veröffentlichung der Berichte über das XII. Plenum, weil sie selbst fühlte, daß sie vor der Parteipublikum wenig Ruhm bei der Rechenschaftslegung über die Tagung ernten kann. Denn an Unfruchtbarkeit und Armseligkeit übertraf dieses Plenum noch die vorhergehenden Ekki-Tagungen in der ultralinken Aera. Das einmal deshalb, weil seine politischen Resultate, die ökonomische und politische Analyse, die Bestimmung der nächsten Aufgaben der kommunistischen Sektionen und ihrer Taktik entweder nur eine Wiederholung des alten ultralinken Kurses brachten, oder neuen, noch größeren Unsinn zu Tage förderten. Zum andern, weil die Berichterstattung über den Stand der kommunistischen Bewegung ein grauenhaftes Bild der Zerstörung des kommunistischen Einflusses durch die ultralinke Politik entrollte.

Beginnen wir mit dem letzteren. Auf Grund der schlecht zu verheimlichenden Tatsachen sah sich das Ekki gezwungen, wenigstens einen Teil der Wahrheit einzugestehen, zuzugeben, daß die kommunistischen Parteien politisch ohnmächtig sind. Von allen Sektionen wurde erklärt, daß sie weit hinter den günstigen Möglichkeiten zurückgeblieben sind, daß ihr politischer Einfluß, ihre Verankerung in den Betrieben und Massenorganisationen, ihr organisatorischer Zustand höchst unbefriedigend ist.

Einige Beispiele: Bei der KP. der Ver. Staaten wurde konstatiert, daß sie nicht nur politisch bedeutungslos ist, sondern daß sie sogar zahlenmäßig zurückgeht. Der spanische Delegierte sagte von seiner Partei, daß sie sich als unfähig erwiesen hat, „zu einem wirklichen Organisator der Revolution zu werden“. Die KPF. verliert Mitglieder, die „Humanité“ ihre Abonnenten, bei den Wahlen erleidet die Partei große Verluste, die Streiks, die von den roten Gewerkschaften geführt werden, enden in der Mehrzahl mit einer Niederlage. In der Tschechoslowakei wurden 1931 36 000 Mitglieder gewonnen, nur 9 000 blieben. Dasselbe Bild bei den andern kommunistischen Parteien.

Noch schlimmer ist es bei den Roten Verbänden, wie Losowski zugab: „Wir haben eine Lage zu verzeichnen, wo die Mitgliederzahl der KPD. die Zahl der Mitglieder der revolutionären Gewerkschaftsopposition übertrifft, wo die Zunahme der Mitgliederzahl der Tschechoslowakischen Partei schneller vor sich geht, als die Erweiterung der Roten Gewerkschaften, wo die englische Kommunistische Partei zahlenmäßig zunimmt, während die Minderheitsbewegung im Niedergang begriffen ist, wo das bedeutende Wachstum der polnischen kommunistischen Partei ohne eine entsprechende Widerspiegelung in einer Zunahme der Gewerkschaftsopposition bleibt... Das einzige Land, in dem es eine „Proportionalität“ zwischen Partei und Gewerkschaften gibt, ist Frankreich. Die Partei nimmt nicht zu und die Gewerkschaften nehmen nicht zu. Eine solche „Proportionalität“ verdient aber wohl kaum, daß man sie nachahmt.“ Der organisatorischen Schwäche entspricht die politische Bedeutungslosigkeit der Roten Verbände. Es wurde festgestellt, daß sie nicht die „stürmische Entwicklung“ genommen haben, wie manche sich das vorgestellt hätten.

Selbst der Bericht über die KPD., die „bolschewistische Musterpartei“, ergab kein günstigeres Bild. Pjatnizki, der ihn gab, klagte die KPD. an, daß sie es nicht verstanden habe, einen Massenkampf gegen die Notverordnungen zu führen, der Sozialdemokratie und den Nazis mit einer breiten Aufklärungskampagne entgegenzutreten, daß sie sowohl bei dem Danatkrach im Sommer 1931 wie auch am 20. Juli vollständig versagt habe, daß sie nicht fähig gewesen sei, die Einheitsfront in den Betrieben, in den Gewerkschaften, auf den Arbeitsnachweisen herzustellen. Die organisatorische Lage der KPD., wie sie Pjatnizki zeichnete, ist ebenso wenig erfreulich. Es herrscht eine starke Mitgliederfluktuation. Die KPD. hatte z. B. nach den offiziellen Angaben im letzten Vierteljahr 1931 246 554 Mitglieder. Sie gewann im ersten Vierteljahr 1932 94 365 neue Mitglieder. Anstatt aber nun 340 919 Mitglieder zu haben, hatte sie in Wirklichkeit nur 287 180 Mitglieder. In den drei Monaten sind also 53 739 Mitglieder aus der KPD. ausgetreten. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Betriebszellen relativ ab. Während die Zahl der Ortsgruppen ohne Zellen und die Straßenzellen vom 1. Januar 1931

bis 1. April 1932 von 3736 auf 6470, die Zahl der Straßenzellen von 3395 auf 6021 stieg, stieg die Zahl der Betriebszellen nur von 1524 auf 2210. In der Tat — ein wenig imponierendes Bild!

Der Stand der kommunistischen Bewegung in den außerrussischen Sektionen ist also — milde gesagt — außerordentlich ungünstig. Er ist ein Alarmsignal, das hätte genügen müssen, die verantwortlichen Instanzen der Komm. Internationale auf dem XII. Ekki-Plenum zum Nachdenken zu bringen, zu einer kritischen Ueberprüfung ihrer bisherigen Politik, die sich so verhängnisvoll in den kommunistischen Parteien auswirkt, zu einem Bruch mit dem ultralinken Kurs, zur Rückkehr zu den taktischen Grundsätzen von Lenin zu veranlassen. Aber nichts von alledem geschah! Die Schuld für das katastrophale Versagen der kommunistischen Parteien wurde nicht in der Politik der KI, seit dem VI. Weltkongreß gesucht, sie wurde — nach bewährtem Muster — in der mangelhaften Durchführung der „richtigen“ Beschlüsse gefunden; die ultralinke Taktik wurde infolgedessen nicht aufgegeben, zwar wurden wiederum kleine Korrekturen vorgenommen, dafür aber auf der anderen Seite neue Uebertreibungen hinzugefügt, so daß das Gesamtbild der Politik der Komm. Internationale durch das XII. Plenum noch verworrener geworden ist.

Die ökonomische Grundlage des ultralinken Kurses bildete bis zum XII. Ekki-Plenum die Theorie der „dritten Periode“, die Behauptung, daß die kapitalistische Stabilisierung immer morscher und fauler werde und daß parallel mit der Erschütterung der kapitalistischen Herrschaft der „revolutionäre Aufschwung“ gehe. Die KPD.-O. hat sofort, als diese neue Theorie auftauchte, sie unbarmherzig zerpfückt und darauf hingewiesen, daß die Gleichsetzung von ökonomischer Krise und Wachstum der revolutionären Kräfte übelster Oekonomismus, schlimmster Spontanitätsglaube ist. Unter dem Einfluß unserer Kritik und der Wucht der Tatsachen, die im Gefolge der Krise ein viel schnelleres Anwachsen der Macht der Konterrevolution als der der proletarischen Revolution zeigten, begrub die Komintern stillschweigend ihre famosse Theorie der „dritten Periode“. Sie wurde zwar nicht offiziell aufgegeben, aber sie geriet mehr und mehr in Vergessenheit. Jetzt plötzlich auf dem XII. Plenum hat sie fröhliche Urstände gefeiert, sie ist, wie der Vogel Phoenix, „herrlicher“ aus ihrer Asche wiedererstanden.

Die Ekki-Tagung brachte in der ökonomischen Analyse nämlich nichts anderes als eine Vergrößerung der alten Theorie der „dritten Periode“. Der große Schläger, die große Sensation war dort die neue Theorie vom „Ende der kapitalistischen Stabilisierung“, die als die „Seele“ der Theorie der „dritten Periode“ bezeichnet wurde. Manuilski sagte in der „Kommunistischen Internationale“ (Heft 15 und 16) von dieser Theorie, daß sie „das Wichtigste und Neue“ in den Theorien des XII. Plenums sei, ja, daß sie sogar das Wichtigste darstelle, „was die Komintern seit dem Ende des ersten Turnus der Kriege und Revolutionen“, also seit 1923 festgestellt habe. Sehen wir uns daraufhin die epochenmachende Entdeckung des XII. Ekki-Plenums an!

In demselben Heft der „Komm. Internationale“ schreibt Knorin, einer der leitenden „Köpfe“ in der Komintern: „Die Stabilisierung des Kapitalismus entstand auf dem Boden der Zertrümmerung der revolutionären Arbeiterbewegung in den Ländern Mitteleuropas durch die Bourgeoisie in den Jahren 1920 bis 1923.“ Mit Recht weist Knorin darauf hin, daß die kapitalistische Stabilisierung aufs engste mit der Niederringung der revolutionären Bewegung verknüpft war. Die kapitalistische Stabilisierung bedeutete also die Beseitigung der unmittelbaren Bedrohung der kapitalistischen Herrschaft, die Beendigung der akut-revolutionären Situation. Keineswegs aber faßte irgendjemand die Stabilisierung des Kapitalismus lediglich als eine wirtschaftliche Tatsache auf, d. h. als die Ablösung der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in den ersten Nachkriegsjahren durch eine Konjunkturperiode. Wäre dem so, dann würde der Begriff kapitalistische Stabilisierung nur ein anderes Wort für kapitalistische Konjunktur sein.

Was für den Beginn der kapitalistischen Stabilisierung gilt, das muß aber logischerweise auch für das Ende der kapitalistischen Stabilisierung gelten. Die Feststellung des Endes der kapitalistischen Stabilisierung bedingt also die Anerkennung des Vorhandenseins einer akut-revolutionären Situation, des Beginns neuer Kämpfe der Arbeiterklasse um die Macht. Aber angesichts der blamablen Lage der kommunistischen Bewegung in der kapitalistischen Welt können die Instanzen der Komintern es schlecht wagen zu behaupten, daß eine akut-revolutionäre Situation vorhanden sei, daß die Arbeiterklasse den Kampf um die Macht aufgenommen habe.

Worauf stützen sie dann ihre Behauptung, daß das Ende der kapitalistischen Stabilisierung eingetreten sei? Im Grunde ge-

nommen nur auf Tatsachen, die mit der jetzigen Weltwirtschaftskrise zusammenhängen. Da aber die gegenwärtige Krise bereits seit 1929 andauert, ist es unverstänlich, warum erst nach drei Jahren auf Grund des Vorhandenseins der Krise die Komintern das Ende der kapitalistischen Stabilisierung proklamiert. Sind etwa Ende 1932 solche neuen Tatsachen aufgetreten, die dazu berechtigen, von da an eine neue Epoche zu datieren? Alle die Tatsachen, die die Komintern anführt, sind keine Tatsachen, die erst 1932 in Erscheinung getreten sind, sondern mit dem Beginn der Krise selbst.

Die Periode, in der wir uns jetzt befinden, wird als ein Übergang zu einem neuen Turnus von Kriegen und Revolutionen bezeichnet, oder wie Manuilski sagt, als der „Zeitabschnitt zwischen dem Ende der kapitalistischen Stabilisierung und der Phase der Revolutionen und Kriege“, als eine — gleichfalls nach Manuilski — „Periode der Zersetzung des Kapitalismus“. Manuilski wehrt sich zwar dagegen, daß man „diese Periode als eine allgemeine Verwesung bei völliger Passivität der Arbeiterklasse“ darstelle, aber wie man auch die Sache dreht und wendet, kann die Formel vom „Ende der kapitalistischen Stabilisierung“ nur einen Sinn haben, nämlich daß der Bourgeoisie jeder kapitalistische Ausweg aus der Krise verschlossen ist, auch wenn keine proletarische Revolution kommt.

Während die Sozialdemokratie den Arbeitern einredet, sie sollten sich nur ruhig verhalten, dann werde mit der Zeit alles wiederkommen, wie es vor 1929 war, erklärt die Führung der Komm. Internationale, eine kapitalistische Konjunktur könne überhaupt nicht mehr wiederkommen, denn die Zeiten der „Stabilisierung“ seien vorbei, der Kapitalismus werde sich so lange in der Krise winden, bis er endlich sterbe und die Arbeiter brauchten es gar nicht zu befürchten, daß er sich auf ihre Kosten eine Atempause verschaffe.

Auf dem Plenum wandte sich Kuusinen gegen „jede Hoffnung, die Krise könnte . . . im nächsten Frühjahr“ oder „im nächsten Herbst“ usw. „behalten werden“. Nach Kuusinen gibt es für den Kapitalismus keinen „rein ökonomischen Ausweg“ aus dieser Krise. „Die Möglichkeit eines kapitalistischen Auswegs aus der Krise — für das eine oder andere Land — kann nur in einer erfolgreichen Anwendung der ökonomischen Kampfmittel der Kapitalistenklasse in Verbindung mit den Gewaltmitteln bürgerlicher Staaten, in der Bekämpfung und im Niederschlagen der andern, der Konkurrenten und Rivalen, der inneren und äußeren Feinde des Finanzkapitals bestehen.“ So weit Kuusinen. Dem sanftmütigen Kapitalismus, der seine Geschäfte ohne Anwendung der Gewaltmittel der bürgerlichen Staaten „rein ökonomisch“ betreibt, hat es nie gegeben. Und andererseits können alle Gewaltmittel den Kapitalisten keinen Ausweg aus der Krise bahnen, wo die ökonomischen Voraussetzungen dazu fehlen. Kuusinen möchte nicht mit der These Lenins, daß es für die Bourgeoisie keine ausweglose Situation gibt, in Konflikt geraten. Deswegen hat er den haarsträubenden Satz geprägt, daß es wohl einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise gebe, aber keinen „ökonomischen“.

Die Auffassung, die der Theorie vom „Ende der kapitalistischen Stabilisierung“ zugrundeliegt, daß es nämlich keinen kapitalistischen Ausweg aus dieser Krise gebe, ist alles andere als revolutionär. Ebenso wenig wie es intelligent und revolutionär ist, an die Möglichkeit der ewigen Dauer der kapitalistischen Konjunktur zu glauben, ebenso wenig ist es intelligent und revolutionär, sich vorzustellen, der Kapitalismus könne unbegrenzte Zeit in der Krise verharren. Beides ist eine Ueberschätzung der Existenzdauer des kapitalistischen Systems. Die politische Gefahr einer solchen Auffassung besteht darin, daß die Arbeiter nicht dazu mobilisiert werden, für den sozialistischen Ausweg aus der Krise zu kämpfen, um so die drohenden Gefahren des kapitalistischen Auswegs abzuwenden, sondern in der Auffassung bestärkt werden, sie könnten passiv abwarten, sie brauchten sich mit Aktionen gegen den Kapitalismus nicht zu beeilen, weil dieser doch nicht hochkommen könne.

Weil die Komintern nicht imstande ist, durch eine richtige kommunistische Politik die Massen in den Kampf für den Sturz des kapitalistischen Systems zu führen, tröstet sie sich mit der Illusion, das „Ende der kapitalistischen Stabilisierung“, d. h. der Zusammenbruch des Kapitalismus komme „von selbst“, automatisch, ohne Zutun der Arbeiterklasse. Die Theorie vom „Ende der kapitalistischen Stabilisierung“ ist also nichts anderes als das Eingeständnis des Bankrotts des ultralinken Kurses.

Das zweite Ergebnis des XII. Plenums, das Beachtung verdient, — wir sehen hier von den übrigen Beratungen ab, da sie nur eine Wiederholung des alten ultralinken Unsinn über Faschismus, Einheitsfronttaktik „nur von unten“ usw. brachten — war die Stellungnahme zu der Gewerkschaftsarbeit der kommunistischen Parteien. Das Resultat war auf der einen Seite eine stärkere Betonung der Wichtigkeit der innergewerkschaftlichen Arbeit, eine Kritik der größten RGO.-Uebertreibungen, auf der anderen Seite aber ein erneutes Bekenntnis zur ultralinken Gewerkschaftstaktik, zum RGO.-Kurs. Die entscheidenden Ausführungen über die Gewerkschaftsfrage machte Pjatnitski, der Orgsekretär der Komintern.

Von der Gewerkschaftsarbeit der kommunistischen Parteien stellte Pjatnitski fest, daß ihr „Einfluß in den Gewerkschaften in

der Zeit zwischen dem XI. und XII. Plenum nicht gestiegen“ ist, daß die „Roten Gewerkschaften und Gewerkschaftsoppositionen nicht gewachsen“ sind und die Kommunisten „keine Positionen in den reformistischen, christlichen, gelben und andern Gewerkschaften erobert“ haben. „Mit ihrer Arbeit kommen wir nicht vom Fleck.“

Die Ursache für das gänzliche Versagen der kommunistischen Parteien in der Gewerkschaftsarbeit sah Pjatnitski in folgendem:

„Um nicht in den reformistischen Gewerkschaften zu arbeiten, erfinden die einen, die Sektierer, die „linken Phrasendrescher“ entweder selber oder sie suchen und finden in den Artikeln und Reden einzelner Funktionäre der kommunistischen und revolutionären Bewegung ein ganzes Arsenal von Ideen von der Sorte wie: „Die reformistischen Gewerkschaften sind faschistische Streikbrechergewerkschaften“, „Nicht nur die Spitzen, sondern auch die unteren Kader der Sozialdemokratie und Reformisten sind reaktionär“, „Man kann die sozialdemokratischen Beamten und die reformistischen Bonzen nicht ändern“ (und dabei unterscheidet man nicht zwischen den oberen und unteren Funktionären) oder z. B.: „Die Gewerkschaftsbonzen zum Kampfe drängen, ist Opportunismus“ usw.“

Diese „linken Ideen“ behandelte nun Pjatnitski mit beißendem Hohn. „Alle diese Theorien“ müssen „verworfen und ausgerottet werden“, erklärte er, denn sie stören die Arbeit in den Gewerkschaften.

Pjatnitski verlangte, daß die kommunistischen Parteien aufhören, die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder als reaktionär, als faschistisch zu bezeichnen. Er forderte, daß Schluß mit dem Gerede gemacht werde, „die reformistischen Gewerkschaften führen keine Streiks, und wenn Streiks ausbrechen, dann verraten sie sie.“ Demgegenüber führte Pjatnitski Zahlen über Streiks in 15 Ländern von 1929 bis 1931 an, die beweisen, daß „es Streiks“ gibt, „die unter dem Druck der Arbeiter von den Reformisten geführt werden“, und daß ein Teil von ihnen Erfolg hatte. „Es gibt also Streiks, die gewonnen werden. Offensichtlich haben auch die Reformisten einige Streiks erfolgreich geführt. Kann man demnach behaupten, daß sie immer und überall die Streiks verraten? Selbstverständlich nicht.“

Diese Tatsachen, so hob Pjatnitski hervor, beweisen sehr wohl, daß man auf die Gewerkschaftsbonzen drücken kann. Das setzt allerdings voraus, daß man in den reformistischen Gewerkschaften arbeitet, d. h. „daß man agitiert, propagiert, eigene Vorschläge einbringt und durch seine Arbeit zeigt, daß wir besser arbeiten als die Reformisten, und daß die Kleinarbeit kein Monopol der Reformisten ist, sondern daß wir es auch verstehen, zu arbeiten und Erfolge zu erringen. In den reformistischen Gewerkschaften arbeiten, heißt die Gewerkschaftsbürokraten wegen ihrer Fehler kritisieren, heißt zeigen, wie man in jedem Einzelfall handeln muß und warum diese Gewerkschaftsbürokraten nicht so handeln, heißt eigene Vorschläge in den Spitzenorganen einbringen und über sie abstimmen lassen . . . Wie kann man denn überhaupt anders in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten, als daß man auf die Bonzen dadurch drückt, daß wir unsere Forderungen vorbringen und sie durchzuführen versuchen?“

Ebenso scharf wandte sich Pjatnitski gegen das „linke Ideen“, daß die Kommunisten nicht den Gewerkschaftsapparat erobern können. Selbstverständlich werden die Kommunisten nicht den Zentralapparat vor einer revolutionären Situation erobern, erklärte er, aber um die Funktionen im unteren Gewerkschaftsapparat können sie kämpfen. „Wir können es nicht nur, sondern wir müssen es sogar. Doch wie sollen unsere Mitglieder in den reformistischen Organisationen arbeiten, wenn man auf die Bonzen nicht drücken darf, weil das angeblich Opportunismus ist, wenn man den unteren Apparat nicht erobern darf, ja wenn man nicht einmal beim Gewerkschaftsvertrauensmann anfangen darf?“

Die Kritik Pjatnitskis an der ultralinken Ablehnung der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften stimmt z. T. wörtlich mit dem überein, was die KPD.-O. seit Beginn des ultralinken Kurses in der Gewerkschaftsfrage vertreten hat. Aber während die KPD.-O. die Ursache für das Versagen der kommunistischen Parteien in der Gewerkschaftsarbeit in der Existenz der RGO. sieht, hier die letzte Quelle für alle „linken Ideen“ erblickt und immer wieder betont hat, daß, solange der RGO.-Kurs nicht aufgegeben wird, nie eine erfolgreiche kommunistische Gewerkschaftspolitik betrieben werden kann, alle „Wendungen“ nach kurzer Zeit wieder in Rückfällen in das alte Leiden enden müssen, erklärte Pjatnitski ausdrücklich, er schlage „keine neuen Rezepte“ vor, die Beschlüsse des IV. und V. Profintern-Kongresses etc. seien richtig. Ja, er er fand zur Rechtfertigung der RGO. noch eine neue Theorie. Nach Pjatnitski soll nämlich die Funktion der RGO. darin bestehen, „einen fertigen Apparat vorzubereiten, der im entsprechenden Augenblick imstande ist, sich im Gegensatz zum reformistischen Apparat an die Spitze der Bewegung, gegen den reformistischen Apparat zu stellen.“ Die RGO. soll also einen Ersatz-ADGB. darstellen, der bis zum Tage großer Massenaktionen hübsch aufbewahrt wird, um dann in Funktion zu treten. Wir fürchten nur, daß er bis dahin eingeroostet sein wird.

Der neue Rückfall der KPD. in die ultralinke RGO.-Taktik bei der Durchführung der Betriebsratswahlen beweist, daß alle kriti-

schen Referate Pjatnizkis nichts nutzen, wenn nicht der RGO.-Kurs selbst beseitigt wird.

Das XII. Plenum fand im September statt. Seitdem sind seine Beschlüsse bestimmend für die Politik der kommunistischen Parteien geworden. Es hat den Anspruch erhoben, das „Plenum der beschleunigten Vorbereitung zu Kämpfen um die Macht“ zu sein. Aber die schwere Niederlage, die die wichtigste außerrussische Sektion der K.L., die KPD., soeben durch die Errichtung der faschisti-

schen Diktatur erlitten hat, zeigt, daß auf Grund der Anweisungen des XII. Ekki-Plenums nicht der Kampf gegen den Faschismus, um die Macht, um die Diktatur des Proletariats geführt werden kann. Die Mitglieder der KPD., müssen deshalb die Beschlüsse des XII. Ekki-Plenums ablehnen und fordern, daß an ihre Stelle Beschlüsse im Sinne der leninistischen Taktik treten, deren Durchführung allein eine Gewähr für die Niederringung des Faschismus und den Sieg der Arbeiterklasse bietet.

Der Weg zum Faschismus ist mit ultralinken Trostworten gepflastert

Nach dem faschistischen Volksbegehren im Oktober 1929, wo die Faschisten 4,14 Millionen Stimmen aufbrachten (gegen 1,2 Millionen Stimmen, die beim kommunistischen Volksbegehren für das Panzerkreuzerverbot aufgebracht wurden) tröstete sich die „Rote Fahne“ folgendermaßen:

„Auf der anderen Seite formieren sich gerade in diesen Monaten die revolutionären Klassenkräfte der Arbeiterschaft immer entschlossener und bewußter um die kommunistische Partei... Wir stoßen vor. Die Massen kommen zu uns. Die Massen sind mit uns...“

Das politische Ergebnis der Kommunalwahlen vom 17. November 1929 in Preußen, Sachsen und Hessen, der Gemeindevahlen in Bayern am 7. Dezember 1929 und der Thüringer Landeswahlen am 7. Dezember 1929 zeigte wiederum ein weiteres Anwachsen der faschistischen Welle. Die „Rote Fahne“ vom 10. Dezember 1929 („Die faschistische Welle“) fälschte das politische Bild dieser Wahlen folgendermaßen:

„Die Wandlung im sozialen Bestand des Faschismus, die ihm den Charakter einer Massenbewegung verleiht, ... kann in ihrer politischen Bedeutung nur richtig bewertet werden im Zusammenhang mit dem Abfall breiter Bevölkerungsschichten von den Parteien der Stabilisierung, mit dem Niedergang des Einflusses der Sozialfaschisten und mit dem ungleich stürmischeren Aufschwung der kommunistischen Partei.“

Bei den Wahlerfolgen der Faschisten im Jahre 1929, die als ernste Signale der Entwicklung zum Faschismus in Deutschland bewertet werden mußten und von der KPD.-O. auch so bewertet worden sind, vertrat die KPD. immer noch vor den Arbeitermassen die unsinnige Auffassung, daß die deutsche Bourgeoisie auf den Faschismus verzichtet und sich mit dem „Sozialfaschismus“ begnügen werde. In einem Artikel der „Roten Fahne“ vom 13. 2. 30. „Proletarischer Freiheitskampf gegen Young-Plan“ wird die Theorie vom „Sozialfaschismus“ aufgewärmt und dann geschrieben:

„Ebenso unrichtig ist die Theorie, daß die Sozialdemokratie in kurzer Zeit vom Finanzkapital einen Fußtritt erhalten und aus der Regierung illegen wird, um dem offenen Faschismus Platz zu machen.“

Das bezog sich auf die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung Hermann Müller. Der Regierung Hermann Müller wurde bekanntlich nicht sehr viel später, im März 1930 der „Fußtritt“ vom Finanzkapital erteilt. Die Bourgeoisie richtete sich ganz und gar nicht nach den theoretischen Rezepten der ultralinken Bankrotteure im Zentralkomitee der KPD. und begann mit der Regierung Brüning die ersten Schritte der praktischen Außerkräftsetzung der Weimarer Verfassung, der Ausschaltung des Parlaments. Die Vorbereitung der faschistischen Diktatur wurde großzügig in Angriff genommen.

Hand in Hand damit wuchs infolge des Bankrotts der Reformisten und der Unfähigkeit der ultralinken Führung der KPD., die Massen im Kampf um ihre Lebensinteressen zu organisieren, der Masseneinfluß der Nazis. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 brachte ihnen einen Riesenerfolg: 6,4 Millionen Stimmen gegen 0,8 im Jahre 1928.

Das ZK. der KPD. erkannte immer noch nicht die Zeichen der Zeit. Es tröstete sich und die Arbeiter über den faschistischen Vormarsch durch Sätze wie die folgenden in der „Roten Fahne“ vom 15. und 16. September 1930:

„Gestern abend war Herrn Hitlers „größter Tag“, aber der sogenannte Wahlsieg ist der Anfang von ihrem Ende im Sumpf und auf den Ministersesseln der Young-Republik“

Am 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein.

Die Zunahme der kommunistischen Stimmen, die hinter der der faschistischen weit zurückblieb (Komm. Zuwachs 1,3 Millionen, Nazi-Zuwachs 5,6 Millionen gegen die Reichstagswahl 1928) wurde von Hermann Remmele in einer öffentlichen Versammlung fünf Tage nach der Wahl in Neukölln so ausgewertet:

„Diese Wahl hat der deutschen und der internationalen Bourgeoisie eine Lektion erteilt wie noch nie zuvor. Es sind zwar nur Stimmzettel, aber die historische Entwicklung habe gezeigt, daß aus Stimmzetteln sehr schnell Bajonette werden können. Der September gehe ja dem Oktober voraus. Auch in Rußland war es so.“

Hermann Remmele, genial wie immer in Perspektiven, hatte damals zufällig die Kopfstand-Perspektive gewählt. Nicht bei den Kommunisten, aber bei den Faschisten kamen zu den Stimmzetteln die Bajonette.

In der „Kommunistischen Internationale“ Nr. 36 vom 24. September 1930 schrieb E. Thälmann („Die KPD. nach den Reichstagswahlen“):

„Kann dieser zahlenmäßig außerordentliche Stimmengewinn dem Wahlsieg der KPD. gleichgesetzt werden? Das Gegenteil trifft zu. Tatsächlich ist ja der Erfolg der Nationalsozialisten nur eine Umgruppierung innerhalb des bürgerlichen Lagers.“

Nur eine Umgruppierung in der Bourgeoisie! Ja, aber mit dem Zweck, durch äußersten, brutalen Terror gegen die Arbeiterklasse, durch deren totale Entrechtung die soziale Herrschaft des Kapitals zu sichern. Nur das!

Trost und abermals Trost, Beruhigung und abermals Beruhigung streuten die Thälmannler in die Reihen der Partei und der mit ihr sympathisierenden Arbeitermassen. Die nächste Gelegenheit zu großzügiger Selbsttäuschung war der sogenannte „rote“ Volksentscheid, die Unterstützung des faschistischen Volksentscheides gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung, für die Auflösung des preußischen Landtages. Damals wurde im Leitartikel der „Kommunistischen Internationale“, Heft 27 vom 23. Juli 1931 geschrieben:

„Der KPD. ist es gelungen, das weitere Wachsen der faschistischen Bewegung aufzuhalten, die Faschisten aus den Industriezentren zu verdrängen und ihren Einfluß auf die kleinbürgerlichen, besonders auf die bäuerlichen Massen zu erschüttern.“

Die vollkommene Verkenning des Wachstums und der Rolle der faschistischen Organisationen spiegelt sich in demselben Artikel durch folgende Behauptungen wieder:

„Die sozialdemokratischen Organisationen sind aber erheblich widerstandsfähiger als die faschistischen... Ohne Isolierung der Sozialdemokratie, ohne Vernichtung ihres Einflusses auf die Massen ist der Sturz des Kapitalismus unmöglich. Die Sozialdemokratie ist die stärkste, gefährlichste und widerstandsfähigste der beiden Armeen.“

Den des dialektischen Denkens entwöhnten ultralinken Strategen war damals und ist heute noch nicht aufgefallen, daß die Sozialdemokratie durch die KPD. nur auf eine Art zu liquidieren ist; indem man durch eine wirkliche Einheitsfronttaktik die sozialdemokratischen Arbeitermassen mit den kommunistischen gemeinsam zum Kampf gegen Faschismus und Kapital führt.

(Inzwischen hat sich herausgestellt, welche Armee wirklich die stärkere von beiden ist.)

Der Vormarsch des Faschismus ging weiter. Im zweiten Gang der Reichspräsidentenwahl, am 10. April 1932, zeigte sich zum ersten Mal ein deutlicher Einbruch der Faschisten in die „Marxistische“ Front, in die Wählerkaders der Arbeiterparteien. Thälmann-Wähler vom 13. März hatten am 10. April für Hitler gestimmt. Wie reagierte darauf das Zentralkomitee der KPD.? In der „Roten Fahne“ vom 12. April kommt es wieder mit Trost — nichts als Trost:

„Der Versuch des Einbruchs der Hitler- und Hindenburg-Parteien in die Front des Kommunismus wurde abgeschlagen. Von den 5 Millionen kommunistischer Wähler vom 13. März ging ein großer Prozentsatz nicht zur Wahl. Nur ein sehr geringfügiger Teil ließ sich trotz des ungeheuren Aufgebots an skrupelloser Agitation, gefälschten Flugblättern, schmutzigen Verleumdungen der Gegner dazu verleiten, einem oder dem anderen Kandidaten der Bourgeoisie ihre Stimme zu geben.“ Die Wahlen vom 13. März, 10. April und 24. April riefen die

KPD-Instanzen ein wenig zur Besinnung. Sie machten einige, wenn auch zaghafte und ungenügende Schritte zur Korrektur des ultralinken Kurses. Am 20. Juli forderten sie öffentlich ADGB und SPD, zur Einheitsfront auf. Der 31. Juli brachte dann wieder bei den Reichstagswahlen ein Anwachsen der KPD-Stimmen auf 5,27 Millionen. Am 6. November wurden es 5,9 Millionen. Die Großen im ZK der KPD, sahen jetzt über die Unfähigkeit der Partei, am 20. Juli Massenaktionen auszulösen gegen den Vorstoß Papens in Preußen, hinweg. Ihre „bolschewistische Kühnheit“ bestand nur noch darin, das Entscheidende in der Entwicklung der Partei in parlamentarischen Erfolgen zu sehen zu einer Zeit, wo das Parlament Tag für Tag an Bedeutung verlor. Der Höhepunkt des parlamentarischen Kretinismus wurde erreicht, als die „Rote Fahne“ nach dem Rücktritt Papens schrieb:

„Der revolutionäre Aufschwung, die Offensive des Kommunismus, der Massenkampf des deutschen Proletariats hat die Papen-Diktatur gesprengt... Papen wollte den Bolschewismus ausrotten... Sechs Millionen haben geantwortet... Die Sechsmillionenfront des Kommunismus hat die Demission des Papenkabinetts erzwungen.“

Wenn die Arbeiter Papen schon mit dem Stimmzettel stürzen konnten, dann ist natürlich die Ueberwindung der faschistischen Terrororganisationen ein Kinderspiel. Der diesbezügliche Trost der „Roten Fahne“ (November 1932) ist der Prawda entnommen und sieht so aus:

„Der volle faschistische Terror wird jetzt, wo die Sturmabteilungen schon die erste Niederlage erlitten haben und die Kräfte des Kommunismus gewachsen sind, nur das Wachstum der revolutionären Krise beschleunigen.“

Die KPD (O). führt die Aktion gegen faschistische Diktatur

Württemberg

Der *Offene Brief der Bezirksleitung der KPD.-O.* an alle Arbeiterorganisationen und an die Betriebsräte hat die Abwehrbewegung der Arbeiterschaft gegen die faschistische Diktatur in Fluß gebracht. Ueberall in der KPD. und in der SPD., unter den Betriebsarbeitern und Arbeitslosen wurden die Einheitsfrontvorschläge der KPD.-O. zum gemeinsamen außerparlamentarischen Kampfe diskutiert.

Schuhfabrik Hauelsen. Die Hauelsen-Arbeiter marschierten an der Spitze der Betriebe Württembergs. Sie waren die ersten, die als Belegschaft eines Großbetriebes durch die Initiative der KPD.-O.-Genossen einen betristeten Proteststreik durchführten.

Am 31. Januar, vormittags 9 Uhr, wurde auf Initiative unserer Genossen die Arbeit niedergelegt und in der Betriebskantine eine Betriebsversammlung abgehalten. Die Vorschläge der KPD.-O. wurden dort einstimmig angenommen. Eine vierköpfige Delegation (zwei KPD.-O.-, ein SPD.- und ein KPD.-Mann) wurden zu den Organisationsleitungen geschickt. Der ADGB. gab ausweichende Antwort. Die KPD. lehnte jedes Zusammengehen mit der SPD. ab. Es gab heftige Auseinandersetzungen zwischen der Delegation und der Bezirksleitung der KPD. Gemeinsame Kartelle und Aktionsausschüsse, gemeinsame Demonstrationen usw. lehnte die KPD. kategorisch ab, auch mit der KPD.-O. Die KPD.-Genossen sind furchtbar enttäuscht. Der ADGB. frohlockt.

Im größten Betrieb Stuttgarts, Bosch-Feuerbach, traten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute am 30. Januar zusammen und beschlossen, nach einem Referat des Genossen H., an alle Organisationsleitungen Delegationen zu entsenden.

Im Betrieb Bosch-Stuttgart haben die Vertrauensleute aller drei Richtungen unsere Forderungen akzeptiert. Delegationen wurden geschickt zur SPD., KPD., ADGB. und KPD.-O., um folgende Forderungen zu vertreten:

- Sofortiger Zusammenschluß aller Organisationen,
- sofortiger Zusammentritt einer Betriebsräteversammlung,
- gemeinsamer Aufruf des ADGB. und aller Organisationen zu einheitlicher Demonstration, verbunden mit einstündigem Proteststreik in allen Betrieben und Abmarsch zur Demonstration von allen Betrieben.

Demonstration der Bosch-Arbeiter. Am Mittwoch veranstalteten die Boscharbeiter nach Betriebsbeschluß einen eindrucksvollen Demonstrationzug durch Stuttgart zum Gewerkschaftshaus mit anschließender Betriebsversammlung. Die Leitung lag in den Händen eines Aktionsausschusses, der sich aus Vertretern der KPD.-O., SPD. und KPD. zusammensetzte.

Genosse Hausen forderte proletarische Konzentration gegen die konterrevolutionäre Konzentration. Buchmann sprach für die KPD. und begrüßte die einheitliche Aktion.

Mit Hitlers Machtübernahme ist die Entwicklung an einem Punkt angelangt, wo ein Drehen und Deuteln nicht mehr gut möglich ist. Die faschistische Diktatur ist da. Ihr wurde der Weg geebnet dadurch, daß SPD. und KPD. die faschistische Gefahr vor den Arbeitermassen systematisch verkleinerten. Bei den Reformisten war nichts anderes zu erwarten. Der revolutionären Partei des Proletariats fiel die Rolle zu, die Arbeitermassen gegen die faschistische Gefahr zu mobilisieren. Statt dessen hat die KPD.-Führung den Arbeitern die Schwere der Gefahr verheimlicht. Stalin hat ungewollt gegen seine Schützlinge früher einmal folgendes Urteil abgegeben (Stalin, Probleme des Leninismus, S. 219, Rede vor den Moskauer Funktionären):

Eine Partei, die die Wahrheit vor dem Volke verheimlicht, eine Partei, die das Tageslicht und die Kritik scheut, ist keine Partei, sondern eine Clique von Betrügnern, die zum Untergang verurteilt ist.“

Mag die Thälmann-Clique zum Untergang verurteilt sein, Das deutsche Proletariat braucht man deshalb noch nicht verloren geben. Es kann den Kampf gegen die faschistische Diktatur aber nur aufnehmen unter der Führung einer kommunistischen Partei, die erkennt, was ist und das Erkante auch vor den Arbeitermassen ausspricht.

Die KPD.-O. hat seit 1929 auf die zwangsläufige Entwicklung der kapitalistischen Politik zum Faschismus hingewiesen und betont, daß nur die einheitliche Aktion des Proletariats die faschistische Diktatur verhindern kann. Die Mitglieder der KPD. müssen mit der KPD.-O. darum kämpfen, daß die KPD. wieder zu einer leninistischen Partei gemacht wird, die den großen Aufgaben gewachsen ist, die unmittelbar vor ihr stehen.

In Feuerbach führte die Belegschaft Bosch-Feuerbach eine gemeinsame Demonstration und Protestkundgebung am 2. Februar durch. Unter Vorantritt einer Reichsbannerkapelle mit Sowjet- und Dreipeilfahnen marschierten die Arbeiter zur Turnhalle. 1800 bis 2000 Arbeiter waren in der Turnhalle versammelt. Hausen sprach für die KPD.-O., Buchmann für die KPD. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die ein Kampfbündnis aller Arbeiterorganisationen fordert.

Straßenbahnwerkstätten Stuttgart. Einstimmig wurde unser Offener Brief im Arbeiterrat und in der Betriebsversammlung angenommen. Eine Delegation wurde zu den Organisationen entsendet.

Daimler-Benz Untertürkheim nahm am 31. Januar in einer Betriebsversammlung gegen das Hitler-Kabinetts Stellung und forderte gemeinsame Demonstrationen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften.

Daimler-Benz Sindelfingen appellierte „an alle Partei- und Gewerkschaftsinstanzen, einheitlich und geschlossen den Kampf gegen die Regierung Hitler zu führen.“

Stahl-Wangen. In der Betriebsversammlung wurde eine Entschliebung in unserem Sinne angenommen. Die KPD. brachte nichts zustande. Die Delegationen, die bei der KPD. vorsprachen, bezogen sich ständig auf die Forderungen der KPD.-O.

Werneu und Pleiderer billigte ebenfalls einstimmig unsere Vorschläge und wählte eine Delegation.

Druckerei Stähle und Friedel, Stuttgart. Der Gesamtbetriebsrat ist dort aus SPD.-Leuten zusammengesetzt. Der Gesamtbetriebsrat nahm zu unserem Offenen Brief Stellung und will ihn einmütig unterstützen.

Eine DMV.-Funktionär-Versammlung Ortsverwaltung Stuttgart tagte am 2. Februar. Gen. Simon Krauß referierte. Einmütig wurde einer Resolution zugestimmt, die sich die Forderung der Belegschaft Bosch zu eigen machte und zur Bildung betrieblicher Einheitskomitees aufforderte.

Die Generalversammlung des Bekleidungsarbeiterverbandes nahm einstimmig mit Unterstützung der KPD.-Genossen eine Entschliebung im Sinne unseres Briefes an.

In Feuerbach fand am 31. Januar eine öffentliche Versammlung der KPD.-O. statt. Genosse H. sprach über unsere Forderungen und wurde wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen. Die Linie hatte ein gemeinsames Flugblatt gegen uns verteilt, ohne Nutzen. Unsere Aktion wurde einstimmig gebilligt.

In Schorndorf, wo nur eine kleine KPD.-O.-Gruppe besteht, kam es durch unser Auftreten zu einer Demonstration der SPD., KPD. und ADGB. Genosse Simon Krauß referierte. Der Landessekretär der SPD, Steinmeyer und zwei Kuriere versuchten die SPD. zurückzuziehen, das scheiterte und Schorndorf hatte die größte Demonstration seit Jahren.

Auch in Reutlingen kam es zu einer gemeinsamen Demonstration von SPD, KPD, und ADGB.

Im Stadtteil Stuttgart-Ostheim wurde ein Komitee von KPD, und KPD-O. gebildet.

In Fellberg traten mehrere Organisationen zu gemeinsamen Beratungen zusammen.

Dort, wo die KPD-O. keinen Einfluß hat, vermochte die KPD. keinerlei Aktionen zusammenzubringen. In der KPD. ist durch unsere erfolgreiche Aktion eine starke Nervosität.

Die Stuttgarter SPD-Führung macht die Feuerwehr, die SPD-Funktionäre, die in den Betrieben und Gewerkschaften gemeinsam mit den Kommunisten kämpfen, werden von der SPD-Bürokratie unter schärfstem Druck gesetzt. Schumacher geht selbst zu den Funktionären, um zu erreichen, daß die SPD-Genossen aus den Aktionsausschüssen austreten. Der ADGB-Ortsausschuß versucht abzuwehren und stützt sich dabei auf die ultralinke Kraftmeierei der KPD.

Niederrhein

Der Betriebsrat der Phoenix-Werke, Düsseldorf, nahm unter Hinzuziehung des Arbeiter- und Angestelltenrates zur politischen Lage Stellung und beschloß einstimmig einen Appell an die Arbeiterschaft. Er fordert von den Betriebsräten, Gewerkschaften und allen Arbeiterorganisationen die Schaffung der Einheitsfront auf revolutionärer Grundlage zum Kampf gegen den Faschismus. Die Resolution wurde von unserem Genossen Wirkus eingereicht. Vertreter waren KPD., KPD-O., SPD., Zentrum, ADGB., RGO., Christen, Afa-Bund und GdA. Auch die KPD-Genossen erklärten sich für Spitzenverhandlungen zum Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen faschistische Diktatur einverstanden.

In Opladen nahm die Jahresgeneralversammlung des DMV. eine Resolution an, die überparteiliche Abwehrformationen und eine einheitliche Abwehrfront auf überparteilicher Grundlage fordert.

Hessen

Nach Bekanntwerden der Berufung Hitlers zum Reichskanzler bildeten sich in den Nachmittagsstunden in der inneren Stadt Offenbachs Diskussionsgruppen. Am Abend versuchten die Nazis eine Demonstration durchzuführen. Nur unter starkem polizeilichen Schutz konnten sie durch die Straßen ziehen. Der Zug wurde mit feindlicher Stimmung von der Bevölkerung empfangen. Spontan bildete sich ein Demonstrationszug der Arbeiterschaft, in dem kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter einheitlich marschierten. Diese Demonstration wurde von der Bevölkerung freudig begrüßt. Am Dienstag wurde das Stadtbild wiederum von Demonstrationen beherrscht. Allgemeine Stimmung war: „Wir schaffen die Einheitsfront über die Köpfe der Führer hinweg“. In den Abendstunden fanden sich die Offenbacher Arbeiter ohne besonderen Aufruf zu einer Versammlung auf dem Wilhelmsplatz ein, die sich zu einer achtunggebietenden Demonstration durch die Stadt entwickelte. Die Arbeiterschaft beherrscht die Straßen der Stadt. An der Demonstration waren alle politischen Gruppen beteiligt.

Die Leitung der KPD. zeigt für die augenblickliche Situation keinerlei Verständnis. Den Massen wurden keinerlei positive Losungen gegeben, nichts von Einheitskomitees und Einheitsfrontorganen. Die KPD. läßt eine günstige Chance unbenutzt.

Nord-Bayern

Die Bezirksleitung der KPD-O. richtete an SPD., KPD., SAP, und ADGB. die Forderung, sofort zusammenzutreten und Kampfmaßnahmen gegen die faschistische Diktatur zu treffen. SPD. und ADGB. ließen mitteilen, daß sie vorläufig örtlich nichts unternehmen können, da von Berlin noch keine Anweisungen vorliegen. Die KPD. machte die Mitteilung, daß sie die Einheitsfront von „oben“ ablehne. Mit einem Herrn Grönsfelder, Leipart, Schnepfenhorst verhandelte sie überhaupt nicht. Ueberhaupt lehne sie es ab, durch solche Verhandlungen ihre Leute in Gefahr zu bringen. Auch die SAP. brauchte bis zum anderen Vormittag, um eine Antwort zu geben.

Wasserkante

In der Radoröhrenfabrik Valvo, Hamburg-Loekstedt beschloß die 300 Mann starke Belegschaft einstimmig, den gesamten Arbeiterrat sofort zum Ortsausschuß des ADGB. zu schicken und schärfste Kampfmaßnahmen gegen die Hitler-Regierung zu fordern. Der ADGB. wurde aufgefordert, sofort an sämtliche Arbeiterorganisationen heranzutreten zwecks Bildung eines überparteilichen Kampfkartells, Mobilisierung zum Sturz der Hitler-Regierung, für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Ferner nahm die Belegschaft der Valvo einstimmig eine Protestresolution gegen das Dresdener Polizeiblutbad an. Die wenigen Hitler-Anhänger im Betrieb wagten nicht, gegen die beiden Resolutionen zu stimmen.

Die Partei erweist sich hier als vollkommen ohnmächtig, nennenswerte Kundgebungen gegen die Hitler-Regierung zu entfachen. Die Stimmung der Parteimitglieder ist auf „Erledigung des Faschismus innerhalb acht Tagen“ eingestellt.

West-Sachsen

In den Leipziger Betrieben wurde die Ausrufung der Hitler-Regierung lebhaft diskutiert. In den Vorstädten bildeten sich im Verlauf des Montagnachmittags Demonstrationstrupps. Die KPD-O. verbreitete ein Flugblatt und einen Offenen Brief an die Mitglieder der KPD. und ein allgemeines politisches Flugblatt, in dem Bezug genommen wird auf eine Entschließung der Leipziger Straßenbauer, die das Kampfbündnis der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften fordert. Diese Entschließung wurde von der KPD., der SPD., der KPD-O., den Funktionären der freien Gewerkschaften und der RGO. einstimmig angenommen. Die KPD-O. forderte die Einberufung einer Betriebsrätevollversammlung.

Die KPD. hatte für Freitag abend zu einer Versammlung aufgerufen: „SPD. oder KPD.“

Eine gut besuchte Generalversammlung des Verbandes Leipziger Buchdrucker hat einstimmig eine von KPD.-O.-Genossen eingebrachte Entschließung angenommen, die ein Kampfbündnis aller Arbeiterorganisationen fordert. Die anwesenden Gauvorstandsmitglieder wagten angesichts der Stimmung nicht, gegen die Resolution aufzutreten.

Die gutbesuchte Versammlung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker stimmte trotz der Einwände der Bürokratie einstimmig der von uns eingereichten Resolution für Anwendung der äußersten Kampfmittel zu, um die Freiheit der Arbeiterbewegung wieder herzustellen.

Ost-Sachsen

Auf das blutige Massaker der Polizei im „Keglerhelm“ in Dresden antworteten die Arbeiter des Sachsenwerkes in Niedersedlitz am 26. Januar mit einem einmütig durchgeführten Proteststreik. Eine kombinierte gewerkschaftliche Vertrauensmännersitzung hatte nach gründlicher Aussprache auf Antrag der KPD.-O.-Genossen den einstimmigen Beschluß gefaßt, zum Beginn der Mittagspause die gesamte Belegschaft zur Betriebsversammlung aufzurufen und den Beschluß zu unterbreiten, mit sofortiger Wirkung in den Proteststreik einzutreten und demonstrativ den Betrieb zu verlassen. Die Vorschläge unserer Genossen wurden von der Belegschaft einmütig angenommen. Auch der an Zahl geringfügige Stamm protegiert Nationalsozialisten wurde von der Wucht der empörten Betriebsarbeiter mitgerissen. Die sozialdemokratischen Betriebsarbeiter mit ihren Funktionären standen in Reih und Glied. So wurde der Betrieb von seinen 900 Beschäftigten in wenigen Minuten verlassen.

Die Direktion des Sachsenwerks, eines Tochterunternehmens der AEG, hatte einen Anschlag im Werk herausgegeben, nach welchem „für den Wiederholungsfall fristlose Entlassung für den Streikenden“ angedroht ist, weil „das Sachsenwerk als alleiniger Betrieb im gesamten Industriebezirk Groß-Dresden die Arbeit zur Einstellung gebracht und mit einem so wilden Streik dem Ansehen des Unternehmens geschadet habe“.

Das Sachsenwerk hat mit seinem einmütigen Proteststreik ein Signal gegeben zum revolutionären Handeln gegen Reaktion und faschistische Diktatur.

Am Tage darauf trat die Belegschaft von Anton Reiche in einen anderthalbstündigen Proteststreik, am zweiten Tag darauf erst die Rütgerswerke in Dohna, eine Hochburg der KPD.

In einer von der KPD. durchgeführten Betriebsräteversammlung waren nach der „Arbeiterstimme“ „57 Betriebsräte Dresdener Betriebe und weitere 61 Belegschaftsvertreter anwesend und gaben einen Appell zum Massenstreik als Antwort auf das Polizeimassaker und faschistischen Terror“. Wie dürftig die Versammlung besucht war, ergibt sich daraus, daß in Dresden allein der DMV. über 729 Betriebsräte verfügt. Würde die KPD. die Einheitsfronttaktik nicht ablehnen, so könnten auch die von der Partei mobilisierten Betriebsräte ausreichen, um eine außerparlamentarische Aktion in Gang zu bringen.

Am 31. Januar gaben 25 000 Arbeiter den Opfern in einer gewaltigen Demonstration das Geleit. Der Vorbeimarsch dauerte zwei Stunden 10 Minuten. Die Initiative unserer Genossen und die Aktion im Sachsenwerk hatten wesentlich zu der Mobilisierung der Dresdener Arbeiterschaft beigetragen.

Die Belegschaft der Friedrich August Hütte in Freital trat anlässlich der Beisetzung der Opfer des Dresdener Blutbades in einen einstündigen Proteststreik.

Die KPD. und RGO.-Genossen begnügten sich mit der Forderung auf Annahme einer Protestentschließung.

Die Jahresgeneralversammlung des Fabrikarbeiterverbandes Freital stimmte gegen zwei Stimmen einer Resolution unseres Genossen Schneider zu, die die SPD., KPD. und ADGB. zum außerparlamentarischen Klassenkampf auffordern.

Thüringen

Im Bürgel wurde auf Initiative unserer Gruppe eine gemeinsame Demonstration von SPD., KPD. und ADGB. beschlossen. Die Demonstration wurde polizeilich verboten. Die stark besuchte Saalkundgebung beschloß einstimmig eine Resolution an SPD., KPD.-O und ADGB.-Instanzen.

Erzgebirge - Vogtland

Die Belegschaftsversammlung der Schubert und Salzer-Werke, Chemnitz, hat auf Antrag der KPD.-O.-Genossen einstimmig einer Entschließung zugestimmt, eine Delegation an ADGB, SPD, und KPD. zu senden und für ein einheitliches Handeln aller Arbeiterorganisationen zu wirken.

Berlin

Die sich überstürzenden politischen Ereignisse haben an die Berliner Organisation große Anforderungen gestellt. Trotz unserer schwachen Kräfte haben wir in jeder Situation versucht, der Arbeiterschaft den politischen Weg zu zeigen. Anlässlich der SA-Demonstration „Front Karl Liebknecht Haus“ am 22. Januar haben wir ein Flugblatt an die Arbeiterschaft zur Verteilung gebracht, wo wir nachdrücklichst gemeinsame Aktionen, überparteiliche Klassenwehren und Abwehrorganisationen forderten. Die SPD-Demonstration am 29. Januar fiel zusammen mit dem Rücktritt Schleichers. Auch auf dieser Demonstration wurden besondere Flugblätter von uns verbreitet. Die Partei hatte nichts vorbereitet. Die Diskussionen mit den sozialdemokratischen Arbeitern wurden von unseren Genossen geführt. Unser Auftreten auf dieser Demonstration hat uns großen politischen Einfluß verschafft und unser Ansehen bei der Mitgliedschaft der KPD. gestärkt. Am 30. Januar wurde von uns ein Flugblatt hergestellt, wo der Arbeiterschaft die nächsten Kampfmaßnahmen aufgezeigt wurden. Auf dem von der KPD. organisierten Betriebsrätekongreß waren

wir vertreten. Unser Sprecher wurde aber niedergebrüllt, da die Konferenz in einem künstlich erzeugten Siegestaumel über die Reaktion war. Die Konferenz stand noch fast restlos unter dem Einfluß des ultralinken Kurses. Während die KPD. trotz der großspurigen Reden auf der Betriebsrätekonferenz, trotz ihrer in Flugblättern verbreiteten richtigen Lösung keine nennenswerte Aktion zustande gebracht hat, war es unseren Genossen in den verschiedensten Betrieben und Gewerkschaften möglich, Resolutionen durchzubringen, die das einheitliche Vorgehen aller Arbeiterorganisationen zum Inhalt hatten. Das von der KPD. in ihrem Flugblatt und in der „Roten Fahne“ gemachte Einheitsangebot an SFD, und ADGB, hat nirgends praktische Ergebnisse gezeitigt. Da, wo es teilweise zu gemeinsamen Verhandlungen der unteren Organisationen gekommen ist, ist das auf unmittelbare Terrorakte der SA zurückzuführen. Die KPD.-Führung hat es auch versäumt, der SPD, einen öffentlichen und direkten Vorschlag zur gemeinsamen Demonstration am 7. Februar zu machen. Von uns wurde zu dieser Demonstration wiederum ein Flugblatt hergestellt.

Der Zustand der KPD. ist außerordentlich bedenklich. Die unteren Organisationen haben mit den übergeordneten Leitungen fast gar keine oder sehr mangelhafte Verbindung. Auf Grund der bisherigen politischen Einschätzung der Lage durch die KPD.-Führung ist innerhalb der Mitgliedschaft eine beispiellose Verwirrung eingetreten. Die Parteigenossen sind außerstande, der Arbeiterschaft jetzt einen gangbaren Weg zu zeigen. Unser politischer Einfluß konnte bei der Parteimitgliedschaft verstärkt, unsere organisatorischen Verbindungen erweitert werden.

Aus den Organisationen

West-Sachsen

In der Jahres-Hauptversammlung der Zimmerer, Zahlstelle Grimma, am 29. Januar wurden vier SPD., ein KPD.- und ein KPD.-O.-Genosse gewählt. Mit Dreiviertelmehrheit wurde Genosse Gründel (KPD.-O.) zum Verbandstag als Kandidat gewählt.

In der Quartalsversammlung der Zahlstelle Leipzig des Fabrikarbeiterverbandes wurde als Vertreter der Chrompapierbranche der KPD.-O.-Genosse Karl Schulz in die Ortsleitung gewählt. Die KPD. ist nicht vertreten.

Im Kampfe gegen das Jugendnotwerk und das Sportabzeichen haben die KPD.-O.-Genossen wieder in einer Reihe Organisationen erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Resolutionen und Vorschläge unserer Genossen wurden angenommen in der Generalversammlung der Arbeiterschwimmer, in der Generalversammlung des Turn- und Sportvereins „Eiche“ und auf einer Vertretertagung der Handballspielvereinigung des Bezirks Leipzig.

In der Freidenkerversammlung in Altenburg kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten. Ausgangspunkt war die Unterstützung der religiösen Sozialisten durch die SPD. und „Volkszeitung“. Eine von unserem Genossen Engert eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. Die KPD. war in der Versammlung nicht vertreten.

Zur Unterbezirkskonferenz der Freidenker wurden vier Sozialdemokraten und zwei Kommunisten delegiert. Von der KPD. war niemand vertreten.

Der „Führer“ der KPD. Unterbezirk Altenburg, Ferdinand Treuboth, hat sein Kind taufen lassen und der SPD. billigen Agitationsstoff geliefert.

Die Ortsgruppen- und Vertrauensleute haben im UB. zu den Beschlüssen der Reichskonferenz der KPD.-O. zustimmend Stellung genommen.

Nord-Bayern

Am 21. Januar sprach Seydewitz in Nürnberg in einer öffentlichen Versammlung vor 150 Besuchern. In der Diskussion sprach Genosse Grönsfelder und zeigte die tieferen Ursachen der Regierungskrise und der Entwicklung des Faschismus auf. Er stellte Seydewitz die Frage, wie sich die SAP, die Arbeiterregierung vorstelle, welche Rolle die Kommunisten darin haben, die Frage der Rätediktatur und ob sich die SAP. auf ihrem Parteitag ein kommunistisches Programm geben wolle. Im Schlußwort ging S. auf die konkret gestellten Fragen nicht ein und im übrigen wollte er mißverstanden worden sein. Trotz aller Witze über die Gegner ist dort Hohlheit Trumpf.

Nach dem „Fränkischen Kurier“ wurden die beiden öffentlichen Versammlungen der KPD.-O. in Bamberg und Nürnberg wegen des amnestierten Hochverratsverfahrens gegen den Genossen Brandler verboten. Auch die Bezirksbehörde für die Röhrenbacher Versammlung erklärte, daß Brandler nicht sprechen dürfe. Dafür ist der Genosse Grönsfelder eingesprungen. Die Versammlung verlief ohne Störung. Anwesend waren ca. 90 Personen, meistens KPD.-Genossen und mit ihr Sympathisierende. Von der

SPD. war nur die Ortsleitung anwesend. Die KPD.-Funktionäre machten den KPD.-O.-Genossen nach der Versammlung den Vorschlag, der Genosse Grönsfelder solle demnächst in ihrer Mitgliederversammlung sprechen. Unsere Genossen stimmten zu.

Braunschweig

In Wolfenbüttel fand am 25. Januar eine Versammlung statt, an der auch SAP.- und KPD.-Genossen teilnahmen. Es fand eine sehr gute Diskussion über die politischen Fragen und die Stellung der KPD.-O. statt. Es herrschte einmütig die Auffassung, daß die Einheitsfrontpolitik und die Arbeit in den Gewerkschaften verstärkt in unserem Sinne durchgeführt werden müsse. Genosse Fischer, ehemaliger Stadtverordneter, der vor einem halben Jahr aus der KPD. ausgeschlossen wurde, erklärte, daß er in den Reihen unserer Genossen für die Gesundheit der KPD. kämpfen werde.

Thüringen

Die Generalversammlung des T. V. die Naturfreunde, Ortgruppe Jena, nahm am 20. Januar zu den wichtigen politischen Fragen Stellung. Es wurde eine Resolution gegen Wehrsport, Arbeitsdienst und Norwerk der deutschen Jugend angenommen; außerdem eine Entschließung in der Angelegenheit Eichberger-München, des bekannten Arbeiter-Hochtouristen und Arbeiter-Wintersportler, der bisher Führer der Hochtourensektion München war und wegen seiner Teilnahme an der Kaukasus-Expedition ausgeschlossen wurde. Die Versammlung protestierte gegen seinen Ausschuß, forderte die Wiederaufnahme und stellte in ihrer Resolution fest, daß noch nie in Jena eine so gut aufgenommene Veranstaltung des T. V. durchgeführt wurde, wie mit dem Genossen Eichberger, die zur Stärkung des Naturfreunde-Gedankens wesentlich beigetragen hat.

In der Vertreterversammlung des Fabrikarbeiterverbandes Jena, vertrat Genosse Auer die Auffassung der Gewerkschaftsopposition und wurde mit 21 gegen 18 Stimmen als Belsitzer in den Vorstand gewählt.

Im Gesamtverband wurden zwei KPD.-O.-Genossen in den Vorstand gewählt. Durch das Verhalten der Linie sind nur vier Oppositionelle gegen fünf im Vorjahr gewählt worden.

Württemberg

In Zuffenhausen haben unsere Genossen die Delegierten zur Freidenker-Generalversammlung erhalten.

Die Stuttgarter Tagung der Leiter der Fußballmannschaften beschloß gegen eine Stimme einen Protest gegen die Einführung des Sportabzeichens und der Leistungsprüfung und gegen die Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst.

Am 2. Februar billigte die Generalversammlung des Schuhmacherverbandes Stuttgart unsere Aktion gegen fünf Stimmen (verbohrte Linientreue). Die KPD.-O. konnte ihre Position gegenüber dem Vorjahr verbessern. Die KPD. erhielt im Durchschnitt 40 Stimmen, die KPD.-O. im Durchschnitt 90 Stimmen bei der Wahl der Ortsverwaltung.